

# Kosten waren Hauptargument für Aufhebung des Rundfunkgesetzes

Ja-Stimmende bemängelten zu hohe Kosten von Radio L und befürchteten, dass diese noch weiter steigen.

David Sele

Mit 55,4 Prozent sprach sich das Volk am Sonntag für das Ende des öffentlichen Rundfunks im Land aus. Per 1. Januar 2026 wird Radio Liechtenstein somit privatisiert sein müssen – oder der Sender verstummt. Warum sich die Stimmbürger für diese «Radikalkur» entschieden haben, zeigen die Ergebnisse der Abstimmungsumfrage, die das Liechtenstein-Institut zusammen mit dem Vaduzer Medienhaus durchgeführt hat. Demnach nannten die Teilnehmenden am häufigsten die Kosten als Grund für ihr Ja zur Initiative der DpL. Jedes zweite genannte Argument (49 Prozent) dreht sich ums Geld. Radio L sei ein «Fass ohne Boden», man

sei die ewigen Nachtragskredite leid und die nun budgetierten 4 Millionen Franken seien viel zu viel für einen Radiosender, heisst es etwa. Auch störten sich die Ja-Stimmenden daran, dass Radio L im Vergleich zu anderen Medien im Land unverhältnismässig viel öffentliche Gelder erhalte. Viele Ja-Stimmende sahen den Mehrwert, der mehr staatliche Finanzierung rechtfertige, nicht und zeigten sich zugleich überzeugt, dass Radio auch günstiger zu machen sei. Insbesondere die Ja-Stimmenden, aber selbst viele Nein-Stimmenden erachteten es zudem als eher wahrscheinlich, dass der Landesbeitrag an Radio L künftig noch weiter steigen wird, sollte das Rundfunkgesetz nicht aufgehoben werden. Damit

dürfte sich letztlich die Annahme der Initiative im Wesentlichen erklären.

Jedes fünfte Ja-Argument (19 Prozent) dreht sich zudem um die Qualität. Diese sei insbesondere im journalistischen Bereich generell unzureichend. Zwar anerkannten die Ja-Stimmenden vereinzelt durchaus, dass eine positive Veränderung eingeleitet wurde. Aber «trotz super neuer VR und Jürg Bachmann ist das Vertrauen verloren», schreibt einer. Tatsächlich wog die Vergangenheit schwerer. 9 Prozent der Nennungen drehen sich um die Unternehmenspolitik der vergangenen Jahre wie «Misswirtschaft» oder «Mobbingfälle».

Bei den Nein-Stimmenden überwog hingegen die Hoffnung, dass Ra-

dio L eine positive Entwicklung nimmt, weil «erstmal in seiner Geschichte» ein guter Verwaltungsrat am Werk sei. 7 Prozent der Nennungen drehten sich um dieses Thema. Am häufigsten gaben die Nein-Stimmenden jedoch an, dass sie eine öffentlich-rechtliche Medienanstalt für einen Staat als notwendig erachten (33 Prozent) und sprachen sich für ein Nein zu der Initiative aus, um die Medienvielfalt im Land zu erhalten (20 Prozent).

Trotz des mehrheitlichen Jas zur Initiative findet gemäss Umfrage aber auch eine Mehrheit, dass Liechtenstein ein Radio braucht und dass es möglich ist, das Überleben eines Privatradios mittels staatlicher Unterstützung zu sichern. **3**